



Neujahrsansprache 2023

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vor fast auf den Tag genau sechs Jahren starb Roman Herzog. Er war der siebte Bundespräsident seit Bestehen der BRD, Landesminister und Richter am Bundesverfassungsgericht; von 1987 bis 1994 sogar dessen Präsident.

Roman Herzog vermochte es wie nur wenige andere Politiker, komplexe Sachverhalte in eine einfache, klare Sprache zu fassen. Besonders gut ist ihm dies bei seiner sogenannten Berliner Rede gelungen, die er am 26. April 1997 im gerade wiedereröffneten Hotel Adlon neben dem Brandenburger Tor hielt.

Ihnen klingt sicher noch sein darin geäußerter Appell in den Ohren, durch Deutschland müsse ein Ruck gehen. Diese Formulierung wurde oft zitiert. Verblüffend ist, wie viele der vor einem Vierteljahrhundert von Herzog angesprochenen Themen heute noch oder wieder höchst aktuell sind. Hört man sich die gut einstündige Rede nochmal an, dann könnte man an vielen Stellen meinen, der Bundespräsident würde über das Deutschland der Jahre 2022 / 23 sprechen und nicht über das vom Ende der 90er Jahre. Verblüffend! Ich kann es Ihnen nur empfehlen. Sie finden das Manuskript auf der Internetseite des Bundespräsidenten und es gibt auch einen Mitschnitt auf Youtube. Beides werden wir auf unserer Homepage verlinken.

Roman Herzog hielt seinerzeit der Gesellschaft den Spiegel vor. Er charakterisierte sie als verzagt, behäbig, mit geringer Veränderungsbereitschaft und einer großen Zukunftsangst ausgestattet. Allenthalben konstatierte er das Kultivieren von Krisenszenarien und beschied den Deutschen, sie seien staatsgläubig und sicherheitsorientiert.

Ich glaube, dass ein Großteil dieser Diagnose auch auf unser heutiges Deutschland zutrifft, und ich möchte der Aufzählung ein aus meiner Sicht wichtiges Element hinzufügen: nämlich das, mangelnder Verantwortungsbereitschaft.

Es ist deshalb damals wie heute richtig: Durch Deutschland muss ein Ruck gehen! Und er muss dazu führen, dass wieder mehr Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – für sich, aber insbesondere auch für andere. Dieser Ruck ist überfällig und muss deutlich eingefordert werden. Sonntagsreden nach dem Motto: „Ist ja nochmal alles gut gegangen und wird schon nicht so schlimm werden“, können wir uns sparen! Sie sind nichts als weiße Salbe. Klartext ist gefragt – im Herzog’schen Sinne.

In den nächsten Minuten möchte ich daher versuchen, an konkreten Beispielen unserer Lebenswirklichkeit zu verdeutlichen, wo neue Verantwortung heute gefragt ist oder wo alte wieder übernommen werden muss. An passenden Stellen werde ich Zitate aus der Berliner Rede des verstorbenen Bundespräsidenten einflechten, um die Aktualität seiner damaligen Überlegungen zu verdeutlichen.

Zunächst zur Diagnose. Es handelt sich um persönliche Beobachtungen, keine empirisch belegten Erkenntnisse.

Erstens: In weiten Teilen der Gesellschaft erleben wir einen Rückzug ins Private. Ich möchte dies hier einmal die „innere Emigration“ nennen. Nicht nur die Bereitschaft, sich für die Allgemeinheit zu engagieren, schwindet, sondern quasi auf einer Vorstufe dazu bereits das Interesse an den öffentlichen Belangen. Man konzentriert sich auf sich und die eigenen Bedürfnisse, denkt selten über den privaten Tellerrand hinaus.

Zur jüngsten Bürgerversammlung der Stadt Zwingenberg kamen gerade einmal knapp 50 Personen. In einer Stadt mit rund 7.300

Einwohnern entspricht das einer Beteiligung von etwa 0,7 Prozent. Zieht man gedanklich diejenigen ab, die sich ohnehin bereits als Stadtverordnete, Ortsbeiräte oder in den Parteien engagieren, bleibt eine Handvoll Menschen übrig, mit denen man sich fast im heimischen Wohnzimmer statt hier in der Melibokushalle hätte treffen können. Ja, auf der Tagesordnung fehlten gewiss die „Aufregerthemen“. Aber braucht es die denn wirklich, um das Interesse der Menschen zu wecken? Und was sind überhaupt solche Themen, die die Leute mobilisieren? Klar: In erster Linie solche, die sie ganz persönlich betreffen. Womit wir wieder bei der vorhin erwähnten Ichbezogenheit wären. Was keine Relevanz für mich und mein unmittelbares Lebensumfeld hat oder zu haben scheint, interessiert mich nicht. Nach diesem Motto verfahren wohl viele Bürgerinnen und Bürger. Sie lesen auch keine regionale Tageszeitung und bekommen daher vieles von dem, was um sie herum geschieht, erst gar nicht mit.

Doch auch jenseits des Politischen ist die schwindende Verantwortungsbereitschaft deutlich wahrnehmbar. Lassen Sie einmal die Vorstände vieler Vereine vor Ihrem geistigen Auge vorüberziehen. Wie viele werden seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, von denselben Personen geführt! Wer stemmt die Arbeit bei Veranstaltungen? Immer die Gleichen, während sich die große Mehrheit auf die Rolle der Konsumenten zurückzieht, wenn sie überhaupt Notiz von den ehrenamtlichen Aktivitäten nimmt. Diese werden überdies zunehmend als eine Dienstleistung verstanden, die als selbstverständlich in bestimmter Art und Güte eingefordert wird. Anspruchsdenken statt eigenem Engagement.

Auch in der Arbeitswelt macht sich dieser Rückzug ins Private bemerkbar – seit „Corona“ besonders augenfällig in dem Wunsch vieler Beschäftigter, die eigenen vier Wände zur Arbeit möglichst nicht verlassen zu müssen. Das sogenannte „Homeoffice“ ist aber nicht nur eine arbeitsplatzsparende, Straßenverkehr vermeidende und irgendwie flexible Form der Arbeit, sondern ihm kann auch das Bestreben innewohnen, sich von allen Mühen der Büro-Präsenz zu

entkoppeln und sich in die heimelige Wohlfühlatmosphäre von Jogginghose, Laptop und Couch zurückzuziehen. An demjenigen, der vor Ort nicht sicht- und greifbar ist, geht manche Plage schlicht vorbei, um die sich dann aber diejenigen kümmern müssen, die so verantwortungsbewusst waren, die Arbeitsstätte mit physischer Präsenz zu beehren.

Vermutlich haben die gesetzlichen Regelungen zur Kontaktvermeidung, wie sie aus Anlass der Virus-Pandemie beschlossen wurden, bereits bestehende Rückzugstendenzen noch verstärkt. Geschlossene Sport- und Spielplätze, gesperrte Wanderparkplätze, etc. haben wohl nachhaltige Wirkungen in den Köpfen der Menschen hinterlassen, die durch Aufhebung der entsprechenden Maßnahmen nicht ohne weiteres wieder verschwinden. Mit dem selbständigen Denken hat der Staat den Bürgern hier auch die Verantwortung für sich und für andere abgenommen. Im Nachhinein ist man immer klüger, das stimmt. Jedoch gab es auch in der Hochphase der Pandemie durchaus ernst zu nehmende Stimmen, die vor den Folgen einer Überregulierung gewarnt haben.

Das führt mich zum **zweiten Punkt** meiner Beobachtungen: Den Ersatz individueller durch kollektive Verantwortung. Wofür sind Staat und Kommunen heute nicht alles zuständig! Die Leistungsversprechen der öffentlichen Hand sind allumfassend und infolgedessen die Leistungsbereitschaft des Einzelnen immer geringer. Wer einen großen Anteil seines Einkommens an den Staat abführt, verlangt von diesem auch entsprechende Services. Und umgekehrt gilt: Ein Staat, der den Bürgern immer mehr verspricht, muss ihnen auch immer mehr nehmen.

Dazu Roman Herzog: *„Der Staat und seine Organe sind der Komplexität des modernen Lebens – mit all seinen Grenz- und Sonderfällen – oft einfach nicht gewachsen und sie können es auch*

gar nicht sein. [...] Der Staat leidet heute besonders unter dem Mythos der Unerschöpflichkeit seiner Ressourcen. Man könnte das auch so sagen: Die Bürger überfordern den Staat, der Staat seinerseits überfordert die Bürger. Je höher die Steuerlast, desto höher die Erwartungen an den Staat. [...] Mit dem rituellen Ruf nach dem Staat geht ein – wie ich finde – gefährlicher Verlust an Gemeinsinn einher. Wer hohe Steuern zahlt, meint allzu leicht, damit seine Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft abschließend erfüllt zu haben. Vorteilssuche des Einzelnen zu Lasten der Gemeinschaft ist geradezu ein Volkssport geworden.“ (Zitat Ende)

Exakt das erleben wir auch heute wieder. Das Markenzeichen der früheren Bundeskanzlerin, Angela Merkel, und ihrer Regierung war es, tiefgreifende Reformen und die damit einhergehenden Konflikte zu vermeiden und stattdessen die Sichtbarkeit aller Probleme mit Geld zur überdecken – Steuergeld. Auch bei der derzeitigen Bundesregierung ist der Mut, den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Eigenverantwortung zuzutrauen, offenbar nicht besonders ausgeprägt. Olaf Scholz' Versprechen „You never walk alone“, lässt sich fast schon als Drohung interpretieren: Der Staat ist in Deinem Leben allgegenwärtig. Jedoch, Herr Bundeskanzler, da möchte ich antworten: Manchmal gehe ich meinen Weg auch ganz gern allein!

Zu den großen gesellschaftlichen Irrtümern, die wir auf kommunaler Ebene hautnah erleben, gehört meines Erachtens das falsche Versprechen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie soll dadurch hergestellt werden, dass der Staat den Eltern die Verantwortung für ihre Kinder zu einem Großteil der Tageszeit abnimmt. Für bis zu zehn Stunden werktags ist pädagogisches Personal in Kindertagesstätten und Grundschulen dafür zuständig, dies zu ermöglichen. Dabei sind doch Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht, wie Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes besagt. Nimmt diese Verantwortung wirklich wahr,

wer sie zu einem nennenswerten Teil delegiert? Gesetzlich normierte Rechtsansprüche ab dem zarten Alter von einem Jahr legitimieren dies. Vergleichbares soll nach dem Willen der Regierung demnächst für Kinder im Grundschulalter gelten.

Wer sich jedoch ernsthaft mit den tatsächlichen Gegebenheiten dieses Systems befasst, kommt nicht um die zuvor getroffene Feststellung eines falschen Leistungsversprechens herum: Nach jüngsten Statistiken fehlen in den KiTas bundesweit fast 25.000 Erzieherinnen und Erzieher. Und das, obwohl dort heute so viele Menschen arbeiten, wie nie zuvor und obwohl deren Gehälter in jüngerer Zeit überdurchschnittlich gestiegen sind. Für die massive Ausdehnung dieses öffentlichen Sektors haben ein immer früheres Einstiegsalter und eine immer längere tägliche Betreuungszeit der Kinder sowie die sukzessive Erhöhung der personellen Ausstattung gesorgt.

Da die Städte und Gemeinden das Menü servieren müssen, das die staatliche Ebene großspurig auf die gesellschaftspolitische Speisekarte geschrieben hat, erleben wir hier vor Ort unmittelbar, wie dieses System an seine Grenzen kommt. Neben der Tatsache, dass der Arbeitsmarkt pädagogischer Fachkräfte nahezu leergefegt ist, sehen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter permanent hohen Erwartungen und damit einhergehenden Belastungen ausgesetzt. Eine hohe Zahl an Krankheitstagen und häufige personelle Wechsel sind an der Tagesordnung.

Statt von der zitierten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und von frühkindlicher Bildung zu sprechen – beides sind im Grunde ohnehin nur blüherante Worthülsen für schlicht ökonomische Interessen –, wäre es ehrlicher, auch den Familien wieder mehr Eigenverantwortung abzuverlangen, auch wenn das dazu führt, individuelle Wünsche öfter zurückstecken zu müssen. Es ist nicht immer möglich, alles gleichzeitig zu haben.

Schließlich meine **dritte Beobachtung**: Organisierte Verantwortungslosigkeit. Was soll das heißen?

Unser Land erstickt in einem Übermaß an Regulierung, und zwar sowohl auf gesetzlicher, als auch auf untergesetzlicher Ebene. Alles scheint wohl organisiert und für jede Regelung gibt es hundert gut gemeinte Gründe. In Summe führt das aber zu dem paradoxen Phänomen, dass die Verantwortung für gute Ergebnisse einer Tätigkeit durch das bloße Abarbeiten von Verfahrensschritten, Nachweis- und Dokumentationspflichten ersetzt wird. Es ist nicht mehr wichtig, um mit Altkanzler Helmut Kohl zu sprechen, was hinten rauskommt, sondern nur noch, was vorne rein getan wird. In einem solchen Konstrukt trägt eigentlich niemand mehr Verantwortung für irgendwas, sondern verantwortlich ist letztlich allein das anonyme System.

Symptomatisch für diese Denkungsweise ist das „CC“, also die Möglichkeit, beim Versand einer E-Mail einen beliebig großen Personenkreis durch Kopie einzubeziehen und damit im Zweifel darauf verweisen zu können, andere hätten ja schließlich Bescheid gewusst. Mit persönlicher Verantwortung hat das regelmäßig nichts zu tun.

Hierzu wieder ein Zitat aus Herzogs 97er Rede: *„Wer Initiative zeigt, wer vor allem neue Wege gehen will, droht unter einem Wust von wohlmeinenden Vorschriften zu ersticken. Um deutsche Regulierungswut kennenzulernen, reicht schon der Versuch, ein simples Einfamilienhaus zu bauen. Kein Wunder, dass es – trotz ähnlicher Löhne – soviel billiger ist, das gleiche Haus in Holland zu bauen.“* Unmissverständlich forderte Roman Herzog Deregulierung. Zitat: *„Ist es wirklich ein Naturgesetz, dass man in Deutschland bis zu 19 Behörden fragen muss, wenn man einen Produktionsbetrieb errichten will, obwohl der neue Arbeitsplätze schafft?“* (Zitat Ende)

In meiner beruflichen Tätigkeit als Bürgermeister dieser schönen Stadt bin ich öfter mit alten Bebauungsplänen befasst. Dabei fällt mir auf: Vor dreißig, vierzig Jahren bestand ein solcher Plan noch aus wenigen Seiten, vielleicht ein, zwei Dutzend. Heute muten wir den Bürgern regelmäßig aus mehreren hundert Seiten bestehende Werke zu, die neben dem eigentlichen Bauleitplan etliche Gutachten zu Natur- und Artenschutz, Immissionsbelastungen, Verkehr und vielem mehr beinhalten. Im Verfahren gibt es Stellungnahmen von allen möglichen Behörden und Interessenverbänden, welche der Gesetzgeber euphemistisch „Träger öffentlicher Belange“ nennt. Abgesehen davon, dass solch umfangreiche örtliche Satzungen die Normadressaten wohl überfordern dürften, weisen sie auch ein erhebliches Demokratiedefizit auf: Die Lektüre all dessen ist von ehrenamtlichen Mandatsträgern in ihrer Freizeit nämlich kaum zu bewältigen. Und somit liegt die äußere Entscheidungshoheit zwar formal bei den gewählten Gremien, inhaltlich bestimmen aber Planer und Gutachter das, was vor Ort „Gesetz“ ist. Bloß: Wer hat die gewählt?

Der Bau eines neuen Kindergartens gerät zu einem bürokratischen Abenteuer: Von der Größe der Toiletten, über die Beschaffenheit der Türen bis hin zur Platzierung von Zahnputzzeug gibt es für alles eine sich fachlich nennende Regelung. Zäune dürfen keinesfalls mehr als „X“ Zentimeter Abstand zum Boden haben, weil ein Kind sonst seine Hand hindurch stecken und sich dabei verletzen könnte.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ohne Zuhilfenahme externer Büros kaum zu bewältigen. Das gilt für die Auftraggeber-, wie auch die Auftragnehmer-Seite.

Der Abriss eines ehemals landwirtschaftlich genutzten Schuppens bedarf der baubiologischen Begleitung.

Der Betrieb einer Baustelle ist ohne Sicherheits- und Gesundheitskoordinator offenbar unvorstellbar. Ich wundere mich, wie unsere Elterngeneration ihre Häuser gebaut hat.

Und so weiter, und so weiter.

Dieser gesamte Irrsinn kostet nicht nur sehr viel Zeit und Geld, sondern er lähmt auch den Fortschritt in unserem Land und – viel schlimmer noch – er demotiviert diejenigen, die etwas unternehmen, in ihrem Bereich Verantwortung übernehmen wollen, weil sie Kraft und Lebensenergie auf sinnlose Prozesse verwenden müssen, statt sich um die eigentliche Aufgabenstellung kümmern zu können.

Nach dem soeben skizzierten Befund nun zur Therapie und abermals zu Roman Herzog. Er sagte 1997: *„Ich ermutige zur Selbstverantwortung, damit unsere jungen Menschen Freiheit als Gewinn und nicht als Last empfinden. Freiheit ist das Schwungrad für Dynamik und Veränderung. Wenn es uns gelingt, das zu vermitteln, haben wir den Schlüssel der Zukunft in der Hand. Ich bin überzeugt, dass die Idee der Freiheit die Kraftquelle ist, nach der wir suchen und die uns helfen wird, den Modernisierungstau zu überwinden und unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu dynamisieren.“*

Dem ist aus heutiger Sicht nichts hinzuzufügen.

Ich beende meine Überlegungen mit den besten Wünschen, die Sie und Ihre Familien durch das neue Jahr begleiten mögen: Gesundheit, Zufriedenheit und Gottes Segen. Bleiben Sie uns verbunden und überlegen Sie, an welcher Stelle Sie im Jahr 2023 Verantwortung übernehmen können: für sich, Ihre Lieben, aber auch für uns alle, für die Stadt Zwingenberg.

Herzlichen Dank!

Zwingenberg, 8. Januar 2023
Dr. Holger Habich, Bürgermeister
Es gilt das gesprochene Wort.